

1. Stadtentwicklung/Bauen und Wohnen:

1.1 Wie wollen Sie in Ihrer Amtszeit die Bürgerinnen und Bürger über Projekte informieren und frühzeitig in Entscheidungen einbinden?

Bürgerbeteiligung: Das ist für mich mehr, als nur eine endgültige Ja-Nein Entscheidung den Bürgerinnen und Bürgern zu überlassen. Die Erfahrungen gerade bei Bauprojekten hat gezeigt, dass die Bürgerschaft intensiv in den Entstehungs- und Entscheidungsprozess eingebunden werden muss. Vincentigelände, Neues Schloss, Strandbad Sandweier - das sind alles Beispiele dafür, wie es nicht laufen darf. Bei den einzelnen Planungsschritten will ich, dass alle Beteiligten im Vorfeld sehr viel stärker berücksichtigt und eingebunden werden. Das gilt für alle Bürger, insbesondere aber für die Anwohnerinnen und Anwohner.

1.2 Wie ist Ihre Meinung zum Neuen Schloss und zu den beiden Grundstücken des Vincenti-Geländes?

Beim Neuen Schloss bin ich für eine Korrektur des bisherigen Kurses. Mir geht es darum, das badische und das kulturelle Erbe der Stadt zu bewahren. Den Neubau im Schlosspark sollte man deshalb nicht machen. Ich bin kein Freund von Verdichtung, die das Stadtbild verändert. Hinsichtlich der Festlegung der Kernpunkte zur Entwicklung des Areals in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag kann ich als Jurist nur sagen, dass Verträge geschlossen, aber auch wieder aufgehoben werden können. Die Tatsache, dass auf dem Areal seit Jahren nichts passiert, sollte Anlass zum Umdenken geben.

Die Vorgänge um die Bebauung der Grundstücke des Vincenti-Geländes zeugen von Verfilzung in der Stadt. Es kann nicht sein, dass Informationen bereits zuvor an die Ideal Wohnbau gehen, bevor die Festlegungen des Bebauungsplans offengelegt sind. Die personellen Verquickungen von Gemeinderat und Ideal Wohnbau sind nicht gut. Im Hinblick auf dieses Edelgrundstück ist viel schief gelaufen. Vor allem die Bürger wurden nicht eingebunden und gefragt. Das kann man besser machen. Künftig sollte ein Beirat aus Bürgern und Architekten an der Stadtentwicklung mitwirken. Bei zentralen Fragen der Stadtentwicklung sollte grundsätzlich ein Bürgerentscheid stattfinden.

1.3 Welche ordnungspolitischen Maßnahmen können Sie sich bei Privatgebäuden wie z.B. dem Babo, dem Gebäude neben der alten Staatsanwaltschaft oder beim ehemaligen Club Barbarina vorstellen?

Ordnungspolitische Maßnahmen können sich zunächst nur auf baupolizeiliche Maßnahmen zur Absicherung der Gebäude beschränken. Beim Babo-Hochhaus sollte man darüber nachdenken, den Denkmalschutz aufzuheben, um das Gebäude abreißen zu können und so Platz für eine neue Nutzung des Geländes zu machen. Für leer stehende Gebäude im Innenstadtbereich, wie dem ehemaligen Club Barbarina, sollten zügig neue Nutzungsmöglichkeiten gefunden werden.

1.4 Wie viele preiswerte Wohnungen für junge Familien werden Sie in Ihrer Amtszeit schaffen?

Preiswerte Wohnungen sind für junge Familien besonders wichtig. Deswegen muss es möglichst viele davon geben. Jungen Familien muss ein Umfeld gegeben werden, in dem sie

sich wohlfühlen und in dem sie wachsen können. Deswegen will ich so viele Wohnungen schaffen, wie notwendig sind.

1.5 Wie stehen Sie zum Bertholdbad?

Das Bertholdbad sollte in seiner jetzigen Form als sportliches Erholungsbad erhalten bleiben. Es füllt eine wichtige Nische in der Stadt und hat einen zentralen Platz in Baden-Baden. Mit seinem 25 Meter Becken ist es für den Schulsport wichtig und zudem das einzige Bad in der Stadt für all die Menschen, die ihre täglichen Bahnen schwimmen wollen. Ich unterstütze und begrüße ausdrücklich die Bürgerinitiative zum Erhalt des Bertholdbades.

1.6 Wie und bis wann sollen alle städtischen Gebäude energetisch saniert werden und welche Investitionen werden dafür benötigt?

Die energetische Sanierung von Gebäuden kostet Zeit und Geld. Hier eine zeitliche Vorgabe zu machen wäre unredlich. Mit Förderprogrammen des Bundes und des Landes sind Anreize für die energetische Gebäudesanierung geschaffen worden, die genutzt werden können. Es wird schließlich vom Stadtsäckel abhängen, wie viel Geld hierfür locker gemacht werden kann. Energetisch sanierte Gebäude bieten zugleich aber auch erhebliche Einsparpotenziale, die die Stadtkasse entlasten.

2. ÖPNV und Verkehr:

2.1 Wie werden Sie das Angebot des ÖPNV weiter verbessern?

Baden-Baden braucht ein attraktives Nahverkehrsangebot, das den öffentlichen Personennahverkehr mit dem Individualverkehr sinnvoll ergänzt. Der Umstieg von Auto auf Bus muss leicht und problemlos sein. Den Baden-Badener Bürgern sollte es zudem ermöglicht werden, den Parkraum zu bestimmten Zeiten kostenlos zu nutzen. Die Einkaufsregionen leben von Kurzzeitparkplätzen. Deshalb muss die Zahl von Kurzzeitparkplätzen erhöht und jede Nische dafür genutzt werden.

Der öffentliche Personennahverkehr sollte die Stadtteile besser mit der Kernstadt verbinden. Die Stadtteile dürfen nicht abgekoppelt werden. Dazu gehört, dass es beim Anrufsammeltaxi (AST) zu keinerlei Einschränkungen für die Stadtteile kommen darf. Nachts und vor allem am Wochenende braucht es einen längeren Busverkehr. Es kann nicht sein, dass es für die letzte Stadtbahn aus Karlsruhe keinen Anschlussbus gibt. Außerdem kann ich nicht verstehen, warum Baden-Baden kein billigeres Kurzstreckenticket hat, mit dem man drei Stationen zu einem erheblich günstigeren Preis fahren kann. Es sollte eine Stelle für den öffentlichen Nahverkehr geben, an die sich die Bürger mit Anregungen, Wünschen und Beschwerden richten können.

2.2 Wie stehen Sie zu einer Verlängerung der Stadtbahn bis in die Innenstadt?

Die Verlängerung der Stadtbahn bis in die Innenstadt war schon vor langer Zeit im Gespräch. Die KVV war sogar dazu bereit, aber man hat es seinerzeit nicht gewollt. Eine Verlängerung der Stadtbahn bis zum Festspielhaus oder Augustaplatz wäre eine gute und überlegenswerte Alternative für die bessere Anbindung der Innenstadt an den öffentlichen Nah- und Fernverkehr.

2.3 Was halten Sie von Buslinien als „Freizeitlinien“?

Wenn ein entsprechender Bedarf an Freizeitlinien besteht, ist deren Einrichtung sinnvoll. Die zukünftigen Entwicklungen mit dem Nationalpark sind an dieser Stelle genau zu beobachten. Freizeitlinien sind dann richtig, wenn sie dem Tourismus dienen. Die berühmteste Freizeitlinie, die ich kenne, ist die Buslinie 100 in Berlin. Sie führt vom Bahnhof Zoo bis zum Alexanderplatz. Mit ihr fahren zu bestimmten Zeiten weitaus mehr Touristen als Stadtbewohner.

2.4 Die Anbindung des Flughafens wird viel diskutiert. Was halten Sie von einem zusätzlichen Autobahnanschluss und/oder der Anbindung durch die Stadtbahn?

Ein zusätzlicher Autobahnanschluss wäre im Sinne einer schnelleren Erreichbarkeit sicher wünschenswert. Auch eine Anbindung an die Stadtbahn ist zu überlegen, wenn nach einer Überprüfung des tatsächlichen Bedarfs die Zahl der zu erwartenden Fahrgäste ein eindeutiges Votum dafür ergibt.

2.5 Wie gehen Sie mit der von zahlreichen Nutzerinnen und Nutzern geäußerten Kritik an der BBL um und wie werden Sie die Meinungen und Anregungen der Fahrgäste künftig besser einbeziehen?

Die Kritik der Nutzerinnen und Nutzer muss sehr ernst genommen werden. Sie sind diejenigen, die die Leistungen der BBL in Anspruch nehmen und dafür bezahlen. Für Meinungen und Anregungen der Fahrgäste könnte eine zentrale Ansprech- und Beschwerdestelle im Rathaus eingerichtet werden.

2.6 Wie wollen Sie dem Lärmschutz in Baden-Baden Priorität verschaffen?

Als Kurstadt und Wellnessort von internationaler Bedeutung muss Baden-Baden ein Ort zum Wohlfühlen und der Entspannung sein. Lärmemissionen müssen deshalb soweit wie möglich vermieden werden. Hierfür müssen wo immer es geht geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

3. Umwelt und Energie:

3.1 Mit welchen konkreten Schritten wollen Sie das Ziel "37", also 37 % weniger CO₂-Ausstoß in Baden-Baden bis Ende 2020, erreichen und werden Sie jährlich über die Umsetzung der Zwischenschritte berichten?

Wichtige Schritte sind das Biomassekonzept der Stadt, der LED-Austausch der Straßenbeleuchtung sowie Blockheizkraftwerke für Fernwärme. Viele weitere Projekte müssen angegangen werden, damit wir bis 2020 das Ziel erreichen und bei einer CO₂ Emission von 6,1t pro Baden-Badener im Jahr liegen. Dazu zählt unter anderem der Ausbau des Anteils an erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf über 30% – oder auch der Ausbau des Radwegsystems, um umweltfreundliche Mobilität in der ganzen Stadt zu ermöglichen. Über die Umsetzung der Zwischenschritte muss es einen jährlichen Bericht der Stadt geben.

3.2 Welche Strategie für die Stadtwerke verfolgen Sie, setzen Sie sich für den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien ein und wenn ja, in welchen Bereichen und mit welchen Zielen bis 2020?

Ziel Nummer eins ist die Versorgungssicherheit der Kommune. Meiner Überzeugung nach sollte Energie immer möglichst dezentral erzeugt und direkt dort verbraucht werden, wo sie benötigt wird. Die Förderung einer dezentralen Energieerzeugung und -vermarktung sollte deshalb auch die zentrale Strategie der Stadtwerke sein. Ich würde als OB die Schaffung von Bürgergenossenschaften zur Energieerzeugung nach Kräften unterstützen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte insbesondere im Bereich von Blockheizkraftwerken (BHKWs), Photovoltaik und Biomasse erfolgen. Windkraft macht dort Sinn, wo sie wirtschaftlich rentabel und von den Bürgerinnen und Bürgern gewollt ist. Die Landesregierung will bis zum Jahre 2020 mindestens 20 Prozent Erneuerbare Energie im Energiemix haben. Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmebereitstellung soll bis 2020 auf mindestens 16 Prozent gesteigert werden. Dies könnte auch eine Zielvorgabe für den Energiemix Baden-Badens sein.

3.3 Unterstützen Sie den Umbau der Stadtwerke zu "Grünen Stadtwerken", die langfristig Strom und Wärme zu 100 % aus erneuerbaren Energien anbieten und wenn ja, bis wann werden Sie dieses Ziel erreichen wollen?

Mit ihrem Produkt energreen bieten die Stadtwerke Baden-Baden bereits Strom aus 100% erneuerbaren Energien. Dieser Weg muss weiter beschritten werden. Dazu gehört der Ausbau von Solarenergie, Biomasse und Blockheizkraftwerken. Die Bundesregierung strebt einen Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von mindestens 80% bis zum Jahre 2050 an. Vielleicht schafft Baden-Baden das 100% Ziel schon früher.

3.4 Sind Sie bereit, ein Radwegenetz über die Gesamtgemarkung zu legen, entsprechend der bereits vorliegenden Untersuchungen und unter Berücksichtigung neuester Standards, d.h. Anlegen richtiger Radwege/Radschnellwege ohne Mischnutzung (Radfahrer/Fußgänger)?

Ja! Radfahren fördert Bewegung und Gesundheit und ist gut für jung und alt.

3.5 Wie kritisch sehen Sie Mobilfunkanlagen in Wohngebieten? Aktuelles Beispiel: Feuerwehrturm Sandweier

Wer mobil telefonieren will, ist auf ein zuverlässig funktionierendes Mobilfunknetz angewiesen. Bislang ist nicht belegt, dass Mobilfunkanlagen einen nachhaltigen Einfluss auf die Gesundheit der Anwohner haben.

4. Schule und Bildung:

4.1 Wie wollen Sie die regionale Schulentwicklung umsetzen und wie wollen Sie dabei die Bürgerinnen und Bürger beteiligen?

Baden-Baden hat 9000 Schüler, die hier die Schulen besuchen. Es gibt Grundschulen, Werkrealschulen, eine Realschule, eine Förderschule, Gymnasien, berufliche Schulen und

Privatschulen. Eine breit aufgestellte Schullandschaft. Mir ist wichtig, dass jeder die Gelegenheit bekommt, individuell zu lernen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen selbst entscheiden, auf welche Schule ihre Kinder gehen sollen. Das ist ihr gutes Recht.

4.2 Wie stehen Sie zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Baden-Baden?

Ich selbst war auf einer Waldorfschule, in der die Schüler wie in einer Gemeinschaftsschule von der ersten Klasse an gemeinsam unterrichtet werden. Das fördert das Verständnis auch für lernschwächere Schüler. Eine Gemeinschaftsschule sollte dann eingerichtet werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger sie als sinnvolle Ergänzung des Schulangebots sehen. Einem Bürgerentscheid hierüber stehe ich ausgesprochen positiv gegenüber.

4.3 Wie werden Sie die Kinderbetreuung ausbauen?

Kindepflege ist wichtig, gerade wenn beide Eltern berufstätig sind, wie es heute oft die Regel ist. Es müssen daher entsprechende Betreuungsangebote in Form von Kinderkrippen und Ganztagesbetreuungseinrichtungen geschaffen werden. Das kann durch die Stadt finanziert, aber auch in privater Trägerschaft erfolgen.

4.4 Wie stehen Sie zur gebundenen Ganztageschule?

Die gebundene Ganztageschule kann das Bildungsangebot sinnvoll ergänzen. Da mein Vater früh verstarb und meine Mutter berufstätig war, habe ich selbst eine Waldorfschule mit einem ganztägigen Betreuungsangebot besucht. Das war für meine alleinerziehende Mutter eine große Erleichterung, um Berufstätigkeit und Kindererziehung unter einen Hut zu bringen.

5. Soziales und Teilhabe:

5.1 Werden Sie die Unterstützung sozialer Gruppen halten und ausbauen und wenn ja, wie?

Soziale Gruppen sind wichtig für den inneren Zusammenhalt einer Stadt. Es muss deshalb alles dafür getan werden, dass sie ihre Rolle im inneren Gefüge der Stadt ungehindert ausfüllen können. Gerade Vereinen muss es ermöglicht werden, städtische Hallen und Gebäude für ihre Treffen und Veranstaltungen möglichst unentgeltlich zu nutzen.

5.2 Baden-Baden, die soziale Stadt - Welche Maßnahmen gegen Armut werden Sie in Ihrer Amtszeit umsetzen?

Mir ist es wichtig, dass es in Baden-Baden bezahlbaren Wohnraum gibt, auch in der Innenstadt. Natürlich werden die Mietpreise über den freien Markt definiert, d.h. über Angebot und Nachfrage. Aber es sollte auch den normalen Bürgern möglich sein, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Sozial nicht so gut gestellte Menschen werden zunehmend aus der Innenstadt hinaus gedrängt. Das zeigt auch die geplante Bebauung des Vincentius-Areals. Dieser Trend sollte gestoppt werden. Die Stadt hat die höchste Quote an bedürftigen Rentnern im Südwesten. Dem Thema Altersarmut gehört deswegen größte Aufmerksamkeit. Viele arme Menschen outen sich nicht und geben ungern zu, zu wenig zu haben. Auch ihnen muss ein würdiges Dasein und die

Teilhabe am Leben in der Stadt ermöglicht werden. Hier könnte das Engagement vor allem der wohlhabenden Bürger der Stadt ausgedehnt werden, zumal Kirche, Staat und Stadt nur über wenig Mittel verfügen. Mir ist es wichtig, dass alle Bürger Baden-Badens, ob arm oder reich, in der Stadt gut leben können und hier ihre Heimat haben.

5.3 Was werden Sie dafür tun, dass mehr Arbeitsplätze für Schwerbehinderte oder andere schwer zu vermittelnde Baden-Badener Bürgerinnen und Bürger von der Wirtschaft und der Verwaltung angeboten werden?

Die Bundes und Landesregierung haben bereits weitreichende Gesetze zur Inklusion geschaffen. Unternehmen, die die Schwerbehindertenquote nicht erfüllen werden bereits mit Sonderabgaben belegt. Mir ist es wichtig, dass gerade die Stadtverwaltung hier mit gutem Beispiel vorangeht. Wo immer ein Arbeitsplatz für Schwerbehinderte oder andere schwer zu vermittelnde Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden kann, sollte versucht werden, diese in den Arbeitsalltag zu integrieren.

5.4 Wie wollen Sie die Gleichberechtigung der Geschlechter in Baden-Baden vorantreiben?

Allen Bürgerinnen und Bürgern Baden-Badens sollen gleiche Chancen eingeräumt werden. Dafür ist es wichtig, dass bessere Rahmenbedingungen und gleiche Chancen für Frauen im Berufs- und Privatleben geschaffen werden. Nach wie vor werden Frauen auf dem Arbeitsmarkt immer wieder ausgebremst: Aus familiären Gründen unterbrechen sie häufig ihre Erwerbsphase, arbeiten öfter in Teilzeit und verdienen selbst auf gleichen Positionen weniger als ihre männlichen Kollegen. Ein OB kann vornehmlich im Bereich der ihm unterstehenden Stadtverwaltung wirken. Hier will ich mich dafür einsetzen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet werden kann, zum Beispiel durch die Einrichtung von Telearbeitsplätzen.

5.5 Wie wollen Sie die Stadt Baden-Baden für Jugendliche interessant gestalten?

Für Jugendliche muss die Stadt ein attraktives Aktivitätsangebot bereithalten. Es könnte zum Beispiel ein Jugendzentrum im Gebäude des ehemaligen Gefängnisses eingerichtet werden, wenn für das bislang leer stehende Gebäude keine andere Nutzung gefunden werden kann.

5.6 Wie wollen Sie Jugendliche in Entscheidungsprozesse einbinden bzw. stärker an der Kommunalpolitik beteiligen?

Die Einbindung von Jugendlichen ab 16 Jahren zu Kommunalwahlen ist ein wichtiger Schritt zur Integration des politischen Willens der Jugendlichen. Ich bin Freund von Bürgerentscheiden und Foren. In den offenen Diskussionen haben alle eine Stimme auch die, die noch nicht das aktive Wahlrecht haben. Darüber hinaus könnte die Einrichtung eines Jugendparlaments die politische Teilhabe an Entscheidungsprozessen in der Kommunalpolitik stärken.

6. Handel/Gastronomie/Tourismus:

6.1 Wie viel Restriktionen verträgt der Handel und die Gastronomie, Stichwort Gestaltungssatzung.

Handel und Gastronomie sollten sich grundsätzlich frei nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten entwickeln können. Nur dort, wo es aus städtebaulichen Gesichtspunkten Sinn macht, sollten seitens der Stadt Restriktionen getroffen werden. Heute macht die Gesamtanlagenschutzsatzung für die Innenstadt alle Veränderungen am geschützten Bild der Gesamtanlage Baden-Badens denkmalschutzrechtlich genehmigungspflichtig. Das finde ich richtig. Leider gibt es bislang kein einheitliches gestalterisches Konzept, das alle bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen umfasst und transparent und nachvollziehbar ist.

6.2 Welche Chancen sehen Sie durch den Nationalpark Schwarzwald?

Durch den Nationalpark Schwarzwald kann die Natur in ihrer ursprünglichen Form erhalten werden. Dies bietet für den Tourismus Risiken und Chancen gleichermaßen. Man sollte die Chancen nutzen, die sich daraus ergeben.

6.3 Welche Maßnahmen stellen Sie sich vor, um die Gastronomie in den Stadtteilen, insbesondere im Rebland zu beleben, damit nicht noch weitere Betriebe an exponierten Stellen schließen?

Hier gilt der alte Grundsatz, dass nach einer langen Wanderung auch, ein anständiges Vesper her muss. Mehr Wandern und mehr Vespere ist daher die richtige Antwort!

6.4 In welchem Zeitfenster möchten Sie touristische Konzepte für das Rebland angehen/umsetzen, nachdem hier schon seit Jahren entsprechende Vorschläge einer Arbeitsgruppe des Ortschaftsrates der Umsetzung harren?

Ich werde mir Vorschläge der Arbeitsgruppe des Ortschaftsrates im Detail anschauen und dann entscheiden, was in welchem zeitlichen Rahmen sinnvollerweise umgesetzt werden kann.

6.5 Was gedenken Sie für die Stärkung des SWR-Standortes Baden-Baden zu tun und dessen Bestand und Ausbau zu festigen?

Der SWR-Standort Baden-Baden muss unter allen Umständen gestärkt und erhalten bleiben. Ich setze mich nachdrücklich dafür ein, dass keine weiteren Teile der Rundfunkanstalt nach Stuttgart verlegt werden. Hierfür sind Verhandlungen mit den Verantwortlichen des SWR und der Landesregierung notwendig.

Insbesondere setze ich mich vehement für den Erhalt des Rundfunk-Sinfonieorchesters am Standort Baden-Baden ein, notfalls in Form eines Stiftungsmodells.

7. Finanzwirtschaft:

7.1 Bisher hat die Stadt Baden-Baden nur wenige Fördermittel beantragt. Wie sieht hierzu Ihre Strategie aus?

In EU, Bund und Land stehen zahlreiche Fördermittel für verschiedene Zwecke zur Verfügung, die oft nur abgerufen werden müssen. Hier könnte eine zentrale Stelle im Rathaus eingerichtet werden, die systematisch das Angebot an Fördertöpfen prüft und für welche Zwecke sie verwendet werden können.

7.2 Verhandlungen zu den BKV-Verträgen mit dem Land und der Rückkauf des Festspielhauses stehen an: Wie gestalten Sie die Verhandlungen?

Die BKV-Verträge bringen der Stadt Baden-Baden jährlich rund neun Millionen Euro für den Unterhalt von Theater, Philharmonie, Kur- und Parkanlagen, Kurhaus auch für Ausgaben für Veranstaltungen. Die Rolle des Landes in der BKV schürt schon seit langem die Emotionen in der Stadt. Im Jahre 1995 wurde im Zusammenhang mit der Finanzierung des Festspielhauses der Einfluss der Stadt auf die Einrichtungen der BKV weitgehend zu Gunsten des Landes aufgegeben. Hier muss verlorenes Terrain zurückgewonnen werden. In diesem Sinne würde ich die Verhandlungen gestalten.

8. Stadtteile

8.1 Was halten Sie davon, für die Stadtteile Sandweier, Haueneberstein und Ebersteinburg einen gemeinsamen hauptamtlichen Ortsvorsteher einzusetzen?

Baden-Baden lebt gerade von seinen starken. Mit mir wird es kein Rütteln an einer möglichst großen Selbständigkeit der Ortsteile, kein Rütteln an den Ortschaftsräten und kein Rütteln an eigenen Ortsvorstehern geben. Bürgernähe heisst, gerade in den Orten präsent zu sein, dort ein Rathaus vor Ort zu haben und auch als Oberbürgermeister vor Ort präsent zu sein. Ich werde im Gegenteil prüfen, inwieweit weitere Zuständigkeiten auf die Ortschaftsräte übertragen werden können. Ich bin definitiv gegen den Zusammenschluß von den historisch gewachsenen Orten Sandweier, Haueneberstein und Ebersteinburg unter einem gemeinsamen hauptamtlichen Ortsvorsteher.

8.2 Sehen Sie die Möglichkeit, den (eingemeindeten) Stadtteilen wieder eigene nur für den Ortsteil zuständige städtische Mitarbeiter zuzuweisen?

Die Möglichkeiten einer Zuweisung von nur für den Ortsteil städtischen Mitarbeitern muss geprüft werden, insbesondere auch unter dem Aspekt immer klammerter öffentlicher Kassen. Hier bin ich momentan sehr zurückhaltend.

8.3 Welche Maßnahmen wollen Sie angehen, um in den Außenstadtteilen die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu verbessern, zumindest zu erhalten, ggf. die Leerstände an Geschäftsräumen durch Wiederbelebung zu beseitigen?

Hier kann die Stadt nur versuchen, Anreize zu schaffen, um die Nahversorgung der Außenstadtteile mit Gütern des täglichen Bedarfs zu verbessern. Welche Anreize dies im Einzelnen sein können, muss geprüft werden.